



Antrag

der Abgeordneten **Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler** und **Fraktion (AfD)**

Bayern muss Konsequenzen aus islamistischen Anschlägen ziehen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für ein umfangreiches Paket gegen den Islamismus in Bayern und Deutschland einzusetzen, welches vor allem folgende Punkte umfasst:

1. kein Islamunterricht an bayerischen Schulen
2. bayernweites Verbot von Minaretten und Muezzinruf sowie von Burkas und Kopftuch im öffentlichen Dienst
3. Verbot aller Vereinigungen, Organisationen, Einrichtungen und Vereine des politischen Islams wie Milli Görüs und DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.) sowie Verbot des Erwerbs und der Nutzung von Grundeigentum für Zwecke des politischen Islams
4. Deutschpflicht in Moscheen
5. konsequente Umsetzung des Verbotes von Kinder- und Viehelen
6. bayernweites Schächtverbot
7. Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft von Islamisten mit Doppelpass
8. Fokus des Verfassungsschutzes auf die Überwachung der islamistischen Szene
9. kein „Kulturrabatt“ bei Straftaten von Personen aus dem islamischen Kulturkreis und Ausschluss vorzeitiger Haftentlassung bei islamistisch-terroristischen Verstrickungen und Aktivitäten
10. keine Einreise mehr für sogenannte Dschihad-Heimkehrer. Bei illegaler Einwanderung muss das Motto „Keinen Schritt weiter“ gelten – bei Dschihad-Touristen: „Es gibt kein Zurück“
11. Asylmissbrauch beenden und Abschiebung in die Herkunftsländer
12. umfangreichere Aussteigerprogramme für Islamisten mit deutscher Staatsbürgerschaft schaffen

Begründung:

Der politische Islam stellt eine ernsthafte Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Er dient als ideologische Grundlage für islamistische Radikalisierung und Terrorismus und untergräbt gezielt die Werte der offenen Gesellschaft. Während bestehende Präventionsmaßnahmen auf Deradikalisierung und soziale Einflussfaktoren setzen, zeigt sich immer wieder, dass islamistische Organisationen ihren Einfluss ungehindert ausbauen. Das Attentat eines Islamisten in München mit mehr als 30 Verletzten und zwei Toten zeigt, dass Bayern und auch ganz Deutschland unter einem immer weiter um sich greifenden Islamismus leiden.

Sachverständige haben in der Anhörung des Landtags zu Islamismus eindringlich darauf hingewiesen, dass die ideologische Grundlage des Islamismus nicht nur in gewalttätigen Extremisten zu suchen ist, sondern bereits im politischen Islam selbst liegt. Dieser bilde den Nährboden, auf dem sich Radikalisierung entwickelt. Peci betonte, dass sich islamistische Organisationen in Deutschland nicht nur auf religiöse Aktivitäten beschränken, sondern gezielt politische Strukturen infiltrieren und für ihre Zwecke nutzen. Ein konsequentes Vorgehen gegen diese Netzwerke sei daher unerlässlich.

Ein besonders problematisches Beispiel ist die DITIB, die als verlängerter Arm der türkischen Regierung agiert und eine klare Trennung zwischen Religion und Staat missachtet. DITIB unterhält enge Verbindungen zur türkischen Religionsbehörde Diyanet und verbreitet in Deutschland eine Ideologie, die nicht mit den Grundwerten der Demokratie und Integration vereinbar ist. Es gibt zahlreiche Berichte über Spionagetätigkeiten, nationalistische Hetze, antisemitische Predigten sowie die gezielte Beeinflussung junger Muslime in den von DITIB kontrollierten Moscheen. Peci warnte in der Anhörung eindringlich davor, dass Organisationen wie DITIB als Einfallstor für islamistische Ideologien dienen und langfristig eine Parallelgesellschaft fördern, die sich gegen westliche Werte richtet.

Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass eine akute Gefahr besteht, dass IS-Gefangene, insbesondere deutsche Dschihadisten, aus den Lagern in Syrien freikommen. Dies stellt eine erhebliche Bedrohung dar, weshalb ein konsequentes Einreiseverbot für Dschihad-Heimkehrer auf Bundesebene eingeführt werden muss. Deutschland darf nicht zum sicheren Hafen für zurückkehrende Terroristen werden.

Zusätzlich wurde auf das Gefängnis als Radikalisierungs-Herd hingewiesen. Dort bilden sich dschihadistische Netzwerke, die nach der Entlassung eine noch größere Gefahr darstellen. Die Remigration von Islamisten in ihre Herkunftsländer nach Verbüßung ihrer Strafe erklärt sich daher von selbst. Nur so kann verhindert werden, dass Deutschland zum Sammelbecken für radikalisierte Gefährder wird.

Ein weiterer Sachverständiger forderte zudem eine verstärkte Sicherheitsprüfung von Asylbewerbern. Da viele Attentäter aus dem Asylbereich stammen, ist eine frühzeitige Identifikation radikalisierter Personen innerhalb des Asylsystems unabdingbar. Wir fordern daher konsequent sichere Grenzen und ein Ende der illegalen Einwanderung, um zu verhindern, dass sich Terroristen ungehindert in Deutschland niederlassen.

Darüber hinaus wurde gefordert, dass Moscheegemeinden in die Verantwortung genommen werden. Viele islamistische Netzwerke operieren ungestört innerhalb von Moscheen, ohne jegliche Kontrolle. Deshalb fordern wir ein konsequentes Verbot von islamistischen Moscheen, die als Rekrutierungszentren für Extremisten dienen.